

## Bei Schulsanierung droht politische Blockade

Die SPD-geführte Ratsgruppe will ohne genauere Zahlen keine Entscheidungen mehr fällen

VON JOHANNES DORNDORF



Reichen die bisher vorliegenden Zahlen, um Entscheidungen zu den Bauprojekten zu fällen? Die Parteien sind sich uneins. Dorndorf

Droht jetzt die Totalblockade bei der Schul- und Rathaussanierung? Die SPD-geführte Mehrheitsgruppe im Rat will keine Entscheidungen mehr fällen, so lange keine Berechnungen vorliegen. Die Opposition ist sauer – die Vorwürfe beider Seiten reichen von „Schlüderei“ bis „Verantwortungslosigkeit“.

Die Zuschauer der Ratssitzung am Donnerstagabend erlebten einen Schlagabtausch, wie es ihn im Laatzen Rat zuletzt seltener gab. Auslöser war ein Antrag der Gruppe SPD/Grüne/GLuP, die von Bürgermeister Jürgen Köhne eine Ablaufplanung einfordert, der über die bisherigen Daten hinausgeht. Insbesondere Kostenberechnungen zu den Schulen stünden noch aus, um die Frage zu klären, ob Neubau oder Sanierung vorzuziehen sind. Falls Köhne nicht liefere, würden weitere Entscheidungen blockiert.

„Sie fordern Gutachten zu Projekten, die nicht zu realisieren sind“, schimpfte Hannelore Flebbe (CDU). Die Abrissvariante stehe bei den Schulzentren mangels eines Neubaugrundstücks nicht zur Debatte – da könne man auf die Berechnung dieser Variante gleich verzichten. „Das ist ein Aufhalten von Dingen, die notwendig sind“, ergänzte FDP-Ratsherr Gerhard Klaus. Er halte es für „unverantwortlich“, die Schulen noch länger warten zu lassen.

Die SPD sieht es hingegen als Verantwortung des Rates an, alle Varianten zu prüfen. „Wenn ein Neubau für den gleichen Preis wie eine Sanierung zu haben ist, dann ist er doch eindeutig vorzuziehen“, sagte Ratsherr Bernd Riedel. „Wir reden über 80 Millionen Euro“, erinnerte Petra Herrmann (SPD). Sie wolle sich nicht später vorwerfen lassen, eine schlechte Variante beschlossen zu haben. Die Verwaltung müsse Angaben in einer Qualität abliefern, die „unseren Anforderungen entspricht“. Und: „Ab jetzt wird nicht rumgeschludert, sondern ordentlich gearbeitet.“ Heiko Schönemann (parteilos) berichtete, die Verwaltung habe zuletzt vor allem Daten zur Rathaus-, nicht aber zur Schulsanierung vorgelegt. „Wir waren uns alle einig, dass zuerst die Schulen gemacht werden.“

Bürgermeister Jürgen Köhne wies den Vorwurf der Schlüderei zurück. Er verstehe die Diskussion nicht, sagte er. Alles, was bisher geschieht, sei aus Brandschutzgründen notwendig – und die versprochene Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für das Erich-Kästner-Schulzentrum laufe. Am Ende setzte die Mehrheitsgruppe den Beschluss durch, eine Lösung ist aber in Aussicht: Köhne kündigte an, in Kürze eine Detailplanung vorzulegen.